

## **Haushaltsantrag des Beirates Findorff gemäß § 8 Abs.4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG) zum Haushalt 2020/21**

Nach § 8 Abs. 4 BeirOG in Verbindung mit § 32 Absatz 1 und 2 BeirOG hat der Beirat Findorff das Recht, Anträge zur Haushaltsaufstellung, insbesondere zu selbst entwickelten Vorhaben und Projekten, bei der fachlich zuständigen senatorischen Behörde zu stellen.

Der Beirat Findorff fordert den Haushaltsgesetzgeber mit diesem Antrag auf, im Doppelhaushalt 2020/2021 das Personalbudget für die stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlich halben Stelle (TVL 10) pro Stadtteil auszustatten, so dass diese Organisationseinheiten in die Lage versetzt werden, die ihnen ortsgesetzlich übertragenen Aufgaben in dem vom Senat und der Stadtbürgerschaft vorgegebenen Umfang auszuführen.

### **Begründung:**

Insbesondere durch die in den beiden vergangenen Jahrzehnten, zuletzt im Dezember 2018, vorgenommenen Novellierungen des BeirOG hat sich der Aufgabenumfang der von den Ortsämtern wahrzunehmenden Aufgaben qualitativ und quantitativ stark verändert. Es wird mobiler und flexibler gearbeitet.

Möglich machen dieses die neuen Kommunikationstechnologien. In Folge dieser Entwicklung müssen immer mehr und immer schneller Informationen verarbeitet werden. Das hat neben dem gesetzlich übertragenen Aufgabenzuwachs zu einer starken Verdichtung der Arbeit im Bereich der kommunalen Sachbearbeitung auch zu Veränderungen bei der Aufgabenzuweisung an die Beschäftigten in den Ortsämtern geführt. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

In einem von sämtlichen Ortsamtsleitungen unterzeichneten Brandbrief vom Februar 2019 an die in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen wurde auf die prekäre Situation in den stadtbremischen Ortsämtern hingewiesen, schwerpunktmäßig ausgelöst durch

1. verstärkte Aktivitäten in den Sozialen Medien
2. die Beteiligung von bestimmten Zielgruppen an stadtteilbezogenen Entscheidungen (Senioren, Jugend)
3. eine zunehmend stärkere Bürgerbeteiligung
4. die Förderung des ehrenamtlichen Engagements

als Folge der vom Ortsgesetzgeber gewollten Kompetenzstärkung der stadtbremischen Beiräte.

Um die Arbeitsfähigkeit der Ortsämter vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen auch weiterhin gewährleisten zu können, bedarf es zwingend einer angemessenen Aufstockung des Personalbudgets bei den Ortsämtern.

Darüber hinaus ist eine verstärkte Präsenz der Beiräte und Ortsämter im Bereich Social Media als unverzichtbarer Bestandteil eines niederschweligen Demokratieangebots ohne Bereitstellung der hierfür erforderlichen personellen Ressourcen nicht leistbar. Das von allen politischen Parteien proklamierte Ziel einer stärkeren Beteiligung bzw. Einbindung bestimmter Zielgruppen, wie u.a. Jugendlicher, kann ohne ausreichende Personal- und Sachmittel nicht erreicht werden.

Der Beirat Findorff bittet den Haushaltsgesetzgeber, im Doppelhaushalt 2020/2021 für die dringend erforderliche Mittelausstattung bei den stadtbremischen Ortsämtern Sorge zu tragen, damit diese in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben in dem vom Ortsgesetzgeber festgelegten Umfang wahrzunehmen.

Das Ortsamt West wird unter Hinweis auf § 32 Abs. 1 BeirOG gebeten, diesen Beiratsantrag der Senatskanzlei zu übermitteln. Der Beirat Findorff bittet um eine zeitnahe Übermittlung der Beratungsergebnisse in den für die Weiterbehandlung zuständigen politischen Gremien.

Bremen, den 25.04.2019

(Einstimmiger Beschluss des Beirates Findorff anlässlich der Beiratssitzung am 25.04.2019)